

blickpunkt

ZEITUNG DER DKP FÜR MÖRFELDEN-WALLDORF



Ein schönes Ostergeschenk:

Die Stadt, der Müll und die Bürokratie

Im Hoherodskopfweg sollen "ab sofort" keine Mülltonnen mehr geleert werden. Die Anlieger sollen ihre Tonnen zur Feldbergstraße bringen und dort nach Leerung "unverzüglich" wieder abholen. Warum? Die Entsorgungsunternehmen (AWS und Meinhardt) weigern sich wegen zwei Vorkommnissen den Hoherodskopfweg weiterhin zu bedienen. Die Stadt sieht keine andere Möglichkeit, als den Forderungen des Entsorgers nachzukommen. Die Anwohnerinnen und Anwohner empfinden das als Zumutung.

Der Hoherodskopfweg im Stadtteil Walldorf hat kurz vor seinem nördlichen Ende, der Einmündung in den Taufsteinweg, einen Knick nach links in Richtung Westen. Müllsammelfahrzeuge kommen an dieser Stelle nur knapp durch. Trotzdem lief das über 40 Jahre lang gut.

Vierzig Jahre ging's, und jetzt auf einmal nicht mehr?

Jetzt aber soll der Hoherodskopfweg gar nicht mehr angefahren werden. Der von der Stadt eingesetzte Entsorger (AWS) und das Unternehmen, das für die Leerung der gelben Tonne zuständig ist (Meinhardt) weigern sich, dort weiterhin die Tonnen zu leeren. Sie führen dafür zwei Gründe ins Feld: Ein Bagatellschaden an einem Gartenzaun hat zu polizeilichen Ermittlungen und zu einer Strafanzeige wegen "Fahrerflucht" geführt.

Eine Vorschrift wurde gesucht und gefunden

Und: Auf Höhe des "Knickes" wurde ein Gartenzaun, der bislang ein Stückchen vom Straßenrand entfernt lag, auf die Grundstücksgrenze verlegt. Damit ging der letzte Rest „Rangierplatz“ verloren und das Müllauto passt nun gar nicht mehr durch. Eine kurze Zeit wurde der Hoherodskopfweg nur noch bis zu diesem

Knick befahren, das Müllauto fuhr dann rückwärts. Die Häuser nördlich des Knicks wurden vom Taufsteinweg her bedient. Nun hat irgendwer eine Vorschrift ausgegraben, nach der das Müllsammelfahrzeug nicht mehr als 100 Meter rückwärtsfahren darf. Jetzt geht angeblich gar nichts mehr.

Die Stadtverwaltung wälzt das Problem einfach auf die Anwohner:innen ab

Die Stadtverwaltung hat darauf reagiert, indem sie den Anwohner:innen am 24.3.2023 lapidar mitteilte, dass die Müllsammlung eingestellt wird. Sie sollen die Mülltonnen „ab sofort“ zur Leerung an die Feldbergstraße bringen (das ist an drei Durchgangsstellen möglich, an denen sich Garagenzeilen befinden). Zudem seien die Mülltonnen direkt nach Leerung „unverzüglich“ wieder abzuholen. Über die Zumutbarkeit dieser Maßnahme hat sich wohl niemand im Amt Gedanken gemacht.

Keiner wurde gefragt, niemand vorher informiert

Andere Möglichkeiten, mit der Sachlage umzugehen wurden erst gar nicht in Betracht gezogen. Die Anwohner:innen wurden über die veränderte Sachlage weder vorab informiert, noch wurde vor der Verwalt-

ungsmaßnahme über Vorschläge und mögliche Lösungsansätze mit den Anwohner:innen gesprochen. Eine Informations-Veranstaltung wurde



erst für Montag, 03. April 2023 anberaumt. Da lag das „Kind schon im Brunnen“. Bürgermeister Thomas Winkler und die Leiterin des Umweltamtes, Katharina Diergarten, wurden von etwa 60 Anwohner:innen empfangen. Deren Argumente fanden jedoch kaum Gehör. Es gab aus der Verwaltung nur Rechthaberei, Paragraphenreiterei und Belehrungen.

Ab sofort bitten wir Sie, die Abfallgefäße an der Feldbergstraße (siehe beiliegender Plan) bereitzustellen. Dies gilt für alle Abfallfraktionen. Gemäß § 9 Abs. 7 der Abfallsatzung der Stadt Mörfelden-Walldorf kann „in besonderen Fällen – wenn zum Beispiel Grundstücke nicht von den Abfuhrfahrzeugen angefahren werden können – der Magistrat bestimmen, an welcher Stelle die Abfallbehälter zur Entleerung aufzustellen sind, wobei die betrieblichen Notwendigkeiten der Abfalleinsammlung zu berücksichtigen sind.“

Zur Veranschaulichung der Situation werden wir am Montag, den 3. April ab 17 Uhr mit einem Einsammlungsfahrzeug in den betroffenen Straßen sein und stehen dann auch gerne für direkte Fragen bereit.

vorab schon... fragen hab... das weiter...

Eine Zumutung nach Gutsherrenart: Einfach mal was anordnen. "Ab sofort", "unverzüglich" "gemäß §"...

Was die Anwohner:innen wollen

Die Anliegerinnen und Anlieger brachten sich am 4.4. mit einer Vielzahl von Vorschlägen ein, schließlich wohnen viele von ihnen seit Jahrzehnten dort und kennen sich mit den Problemen, die bei der Durchfahrt ihres Weges entstehen können, bestens aus. Und alle sind sie kompromissbereit.

Die wichtigsten Vorschläge waren:

- kleinere Müllwagen einsetzen
- bis auf Weiteres rückwärts durch den Weg fahren
- u. U. die Durchfahrten zwischen den Garagenzeilen nutzen

Vor allem: Betroffene wollen angehört werden. Die Western-Methode „Erst schießen – dann fragen“ ist nicht angebracht. Ebenso die Bemerkung: „Rollwege von 80 m sind laut einem Gerichtsurteil zumutbar“.



Anwohner und Bürgermeister: "Partizipation" geht anders

Was die Stadt tun muss (und kann)

(1) Mit dem Entsorger schnellstens über die Anschaffung kleinerer Fahrzeuge zu verhandeln (Beispiele dafür gibt es in Langen, Hanau, Kassel, Berlin und in Rüsselsheim-Hassloch). AWS ist ein kreiseigenes Unternehmen, so dass hier eine direkte Einflussmöglichkeit besteht. Das Argument, die Mülleinsammlung wäre dann nicht mehr „wirtschaftlich“, kann entkräftet werden.



Geht doch: Die Stadt Hanau macht es vor.

(Quelle: Offenbach Post online)

(2) Bis es so weit ist, muss eine Zwischenlösung gefunden werden. Die könnte darin bestehen, dass sich die Entsorger bereit erklären, bis auf Weiteres wie bisher aus südlicher Richtung in den Hoherodskopfweg bis zum Knick zu fahren und rückwärts wieder auszufahren, und die Anlieger:innen nördlich des Knicks vom Taufsteinweg her zu bedienen.

(3) Wenn die Stadt auf der Forderung besteht, Abholplätze an der Feldbergstraße einzurichten, dann muss sie dafür sorgen, dass ein städtischer Dienst das "Rollern" der Mülltonnen besorgt. Das muss für alle Betroffenen kostenfrei sein. Dafür gibt es Präzedenzfälle. Die Anmerkung des Umweltamtes: „Bürger, die ihre Tonnen nicht selbst zum Abholplatz bringen können, können ja einen Hausmeister-Service einschalten“ ist eine bodenlose Frechheit.

Die Müllabfuhrgebühren sind bezahlt, dafür muss auch eine Leistung erbracht werden. Die Verschlechterung der Lage durch eine Eskalation (Strafanzeige, Zaunverletzung) darf nicht zu Lasten der Anwohner:innen gehen. Und schon gar nicht zu Lasten von Menschen mit Mobilitätseinschränkung.